

Zgierzer Zeitung

№ 7.

Gazeta Zgierska

Bezugspreis		Anzeigenpreis	Prenumerata	Cena ogłoszeń
Jährlich	Mark 4.80	für die Zeile . . . 30 Pf.	Rocznie . . . marek 4.80	za wiersz . . . 30 fen.
Halbjährlich	2.40		Półrocznie . . . " 2.40	
Vierteljährlich	1.20		Kwartalnie . . . " 1.20	
Monatlich	0,40	Erscheint Sonnabends	Miesięcznie . . . " 0,40	Wychodzi w soboty.

Zgierz, den 16. Februar 1918.



Zgierz, dnia 16 Lutego 1918 r.

Städtische Nachrichten.

Persönliches. Der 1. Bürgermeister Hauptmann Lober ist der Aufsichtsbehörde abgerufen worden. Mit der kommisschen Wahrnehmung der Geschäfte des 1. Bürgermeisters er Referendar beim K. D. Polizeipräsidium Lodz, Herr Bürgermeister Rauscher beauftragt worden.

Turnfest. Am Sonnabend, den 2. ds. Mts. fand im Saale „Lutnia“ das Jubiläumsturnfest des jüdischen Turnvereins „Makkabi“ statt. Der starke Besuch erbrachte den Beweis, dass der Turnverein einer grossen Beliebtheit erfreut.

Nach dem Aufmarsch der ersten und zweiten Riege und deren und Mädchen-Riege hielt das Vorstandsmitglied Herr Morgenstern eine Begrüssungsrede. Herr Morgenstern befasste in seiner Rede mit der Geschichte der jüdischen Turnbewegung.

Nach seinen Ausführungen ist der erste Gedanke zur Gründung von jüdischen Turnvereinen auf den 2-ten Zionistischen Kongress in Basel im Jahre 1898 gefallen. Die Hauptverfechter dieser Idee waren Professor Mandelstein und Dr. Max Nordau. Im Jahre 1910 wurde der erste jüdische Turnverein in Tönau gegründet. Gründer dieses Vereins waren S. Steinmann und M. Schönberg. Diesem Beispiele folgte im Jahre 1912 Lodz ein Jahre später, im Jahre 1913 erfolgte die Gründung eines jüdischen Vereins in Zgierz. Der Verein hatte stets mit einer grossen Begeisterung zu kämpfen gehabt. Durch die Bereitwilligkeit des Vorstandsmitgliedes Herrn Akiwa Eiger, der den Zweck und die Ziele des Vereins zu würdigen verstand, jederzeit reichliche Geldmittel zur Verfügung stellte, konnte der Verein am Leben erhalten werden.

Hierauf folgten gut ausgeführte Freiübungen und Turnvorstellungen, die grossen Beifall bei den Zuschauern fanden. Unter den Zuschauern befand sich auch der Vorsitzende des Zentralrates der jüdischen Turnvereine Herr Dr. Prybulski. Der Dank dieses Abends dürfte der Vereinskasse ein stärkendes Element eingebracht haben.

Richt der Magistratssitzung, Zgierz, den 6. Februar 1918.

(Schluss).

7) Vorschuss an die jüdische Gemeinde. Der jüdischen Gemeinde wird auf die von der Stadt zu erhebende jüdischen Gemeinde-Steuer ein Vorschuss von 4000 Mk. bewilligt.

8) Rückäußerung zu den Beschlüssen der Stadtversammlungsversammlung v. 30. I. 1918. Gelegentlich der letzten Etatsberatung hatte die Stadtversammlungsversammlung beschlossen: „der Magistrat möge sich bei der Aufsichtsbehörde wegen Rückerstattung von 2/3 sämtlicher Kosten bemühen, da die städtische Polizei hauptsächlich für die Dienstleistungen des Polizeipräsidium Dienst leistet“.

Diesem Beschlusse gegenüber ist zu bemerken: Dass nach der Städte-Ordnung die gesamten Kosten für die Verwaltung der Stadt zur Last fallen. Eine Rückerstattung durch das Kaiserliche Polizeipräsidium kommt daher nicht in Frage. Im übrigen wird bemerkt, dass der Magistratsvorstand schon im Jahre 1916 dem Kaiserlichen Polizeipräsidium wiederholt die Gewährung eines Zuschusses zu den hohen Polizei-

Wiadomości miejskie.

Osobiste. 1. Burmistrz, kapitan Lober, odwołany został przez Władze Nadzorcze z zajmowanego stanowiska. Tymczasową funkcję 1. Burmistrza pełnić będzie mianowany tutaj, jako komisarz, referendarz Cesarsko-Niemieckiego Prezydium Policji p. Burmistrz Rauszer.

Popis gimnastyczny. W sobotę, dnia 2 b. m. w sali „Lutnia“ odbył się obchód jubileuszowy Żydowskiego Towarzystwa Sportowego „Makkabi“. Liczny współudział publiczności dał dowód, że powyższe Tow. Sportowe cieszy się wielką sympatią. Po zakończeniu pierwszej części programu, na którą się złożył marsz I i II zastępu młodzieży i zastępu chłopców i dziewcząt, członek zarządu p. Morgenstern wygłosił mowę o historii powstania żydowskiego ruchu sportowego. W myśl jego przemówień pierwszą myśl, w celu powołania do życia żydowskich Towarzystw Sportowych, pozostała na drugim kongresie Sjonistów w Bazylei w roku 1898. Inicjatorami powyższej idei byli: profesor Mandelstein i Dr. Maks Nordau. W r. 1910 założone pierwsze Tow. Sportowe w Tomaszowie. Założycielami Tow. byli S. Steinmann i M. Schönberg. Za przykładem tym w roku 1912 poszła Łódź, a w rok potem, t. j. 1913 r. założono Tow. Sportowe w Zgierz.

Na początku swego istnienia, Tow. musiało walczyć z brakiem środków materialnych.

Dzięki zabiegom członka zarządu p. Akiwa Eigera, który na cel Tow. udzielał każdorazowo zarządowi chójne datki pieniężne, Tow. utrzymało się przy życiu.

Dobre wykonanie ćwiczeń wolnych, oraz popisów gimnastycznych wywołało burzę oklasków w gronie widzów. Pomiedzy widzami znajdował się również przewodniczący centrali żydowskich tow. sportowych p. Dr. Prybulski. Sukces w wieczorne tym przysporzył kasie Tow. poważną sumę.

Sprawozdanie z posiedzenia Magistratu m. Zgierza, dnia 6 lutego 1918 r.

(Dokończenie).

7) Zaliczka gminie żydowskiej. Uchwalono wypłacić gminie żydowskiej zaliczkę 4000 Mk. na poczet gminnego podatku żydowskiego.

8) Odpowiedzi na uchwały Rady Miejskiej, z dnia 30. I. 1918 roku.

W toku ostatnich obrad nad budżetem Rada Miejska uchwaliła: „Aby Magistrat poczynił starania u Władz nadzorczych o zwrot 2/3 wszystkich kosztów na policję miejską, motywując tym, że policja jest przeważnie na usługach Prezydium Policji.“

W sprawie powyższej uchwały zaznacza się: iż na mocy Ustawy dla miast wszystkie koszty na utrzymanie policji winno ponieść miasto. Wobec tego upada żądanie zwrotu takowych od Cesarsko-Niemieckiego Prezydium Policji.

Dalej zaznacza się, iż już w 1915 r. Burmistrz zwracał się do Cesarsko-Niemieckiego Prezydium Policji z prośbą, o przy-

kosten der Stadt unterbreitet hat unter Hinweis auf die besonderen polizeilichen Verhältnisse infolge der Nähe der Grosstadt Lodz und des starken Schmutzger Verkehrs auf der Zufuhrbahn. Der Bitte wurde nicht entsprochen.

Dagegen hat das Kaiserliche Polizeipräsidium mit Rücksicht auf die hohen Polizeikosten die Erhebung einer Fahrkartensteuer genehmigt, deren Ertrag mehr als 2/3 der Polizeikosten deckt.

Die Stadtverordnetenversammlung verlangte weiter: „dass die Kriegsrohstoffstelle die Stoffe zur Uniformierung der Polizei liefert, da sämtliche fertige Waren von dieser Stelle beschlagnahmt sind und eine andere Beschaffung kostspielig und unrichtig sei. Diesem Verlangen gegenüber ist zu bemerken: „dass die Kriegsrohstoffstelle die Lieferung von Stoffen grundsätzlich ablehnt.

Bezüglich des Betriebes in der Badeanstalt regte die Stadtverordnetenversammlung an, dass das Baden der Kinder und Erwachsenen sowie das Entlausen getrennt stattfinden soll und dass die Badienung in der Badeanstalt mit dem Publikum höflicher umgehen soll.

Dieser Anregung gegenüber ist zu bemerken, dass bei den beschränkten räumlichen Verhältnissen in der Bade-Anstalt und bei der Kürze der Betriebszeit ein getrennter Betrieb nicht durchgeführt werden kann.

Das Personal ist angewiesen, mit dem Publikum höflicher umzugehen, aber das Benehmen des verehrlichen Publikums, besonders beim Entlausen erfordert manchmal ein energisches Auftreten.

Bezüglich der Holzhauerlöhne ist zu bemerken, dass der Waldausschuss die Löhne im Laufe des vorigen Jahres bereits erhöht hat.

Sodann hat die Stadtverordnetenversammlung eine Reihe von Wünschen ausgesprochen bezüglich der Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln und Anderem.

a) Der Magistrat möge keine Mühe scheuen und sich mit Lebensmitteln, die einen grösseren Nährwert haben und zwar: Grütze, Erbsen und Hirse versorgen.

b) Der Magistrat soll sich wegen Ankaufs einer bestimmten Menge Mannagrütze und Weizenmehl für die Säuglinge bemühen.

c) Der Magistrat möge sich bei den zuständigen Behörden wegen Aenderung der bisherigen Kartenabgabe für Monopolarartikel bemühen dahingehend, dass die Karten statt auf die Dauer eines Monats auf 4 Wochen ausgestellt werden.

d) Der Magistrat möge sich bemühen, eine hinreichende Menge Petroleum zu erhalten und den Verpflegungsausschuss zu veranlassen, einen gerechten Verteilungsplan für diejenigen Bewohner, die kein elektrisches Licht besitzen, auszubereiten.

e) Der Magistrat möge sich bemühen Kartoffelmehl als ein Produkt von hohem Nährwert zu erhalten.

Der Vorsitzende führte hierzu folgendes aus:

Alle diese Wünsche betreffen Verwaltungsangelegenheiten der Stadt, welche dem Verpflegungsausschuss übertragen sind.

Der Verpflegungsausschuss ist gebildet aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung und aus Bürgern.

Er halte es für angezeigt, dass die Stadtverordnetenversammlung ihre Wünsche und Anregungen bezüglich der Lebensmittelversorgung durch ihre in den Verpflegungsausschuss abgeordneten Mitglieder künftig direkt im Verpflegungsausschuss zum Ausdruck bringt.

Was die einzelnen Wünschen anbelangt, so muss bemerkt werden, dass der Verpflegungsausschuss aus eigenen Entschluss bisher alles getan hat, möglichst viel Grütze, Erbsen, Hirse, Weizenmehl, Mannagrütze und Kartoffelmehl zu erhalten.

Allein die von der Getreidezentrale überwiesenen Mengen sind sehr gering. Erbsen und Hirse konnten bis jetzt nicht überwiesen werden, da keine Bestände vorhanden sind. Die übrigen Bestände an Grütze etc. sind sehr gering. Auch Kartoffelmehl wurde bisher nicht überwiesen.

Die Zuweisung von Petroleum ist nicht nennenswert. Für den ganzen Winter wurden bis jetzt 2 Fässer zugewiesen. Diesem Zustande gegenüber ist der Magistrat ebenso machtlos, wie die Stadtverordnetenversammlung.

Die Abänderung der Zeitdauer der Lebensmittelkarten von einen Monat auf 4 Wochen hätte nur dann einen Zweck, wenn für den Zeitraum das gleiche Quantum zugewiesen würde, wie bisher für einen Monat.

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht ferner den Magistrat zu jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen Vertreter des Magistrats abzuordnen, welcher die nötigen Aufklärungen geben möchte.

Der Magistrat lehnt es ab, diesem Ersuchen stattzugeben. Nach der Städte-Ordnung haben der Bürgermeister und die Mitglieder des Magistrats das Recht an den Sitzungen der Stadtverordneten teilzunehmen und müssen dort jederzeit gehört werden. Die Stadtverordnetenversammlung jedoch hat kein Recht eine Abordnung des Magistrats zu fordern.

Weiter verlangt die Stadtverordnetenversammlung, dass die Rechnungsberichte von den einzelnen Stadtverwaltungsabteilungen ihr monatlich vorgelegt werden, wie es angeblich bei anderen

znanie zapomogi dla policji, koszty utrzymania której są tak znaczne. Przyczynę tak znacznych kosztów policyjnych motywował wyjątkowymi stosunkami policyjnymi, w jakim się znajduje miasto, sąsiadując z potężną Łodzią i niezwykle rozgałęzionym tutaj przemysłnictwem przy komunikacji na koleje elektrycznej dojazdowej. Prośba nie była uwzględniona.

Jednak Cesarsko-Niemieckie Prezydium Policji, załatwiając opodatkowanie, na rzecz miasta, biletów tramwajowych, którego wynosi więcej, niż 2/3 kosztów wydatkowanych na policję.

Rada Miejska żąda dalej:

„Aby materiały na umundurowanie policji nabyć przez Wydział Surowców wojennych po cenach normalnych; unikając przez to nabywanie takowych od osób trzecich po cenach niezwykle wygórowanych“. W sprawie żądania powyższego zaznacza się:

„że Wydział Surowców Wojennych kategorycznie odrzucił prośbę nabycia materiałów“.

W sprawie zakładu kąpielowego, Rada Miejska wyraża życzenie, aby kąpiel dla dzieci i dorosłych w zakładzie kąpielowym i odswienia nie odbywała się, jak dotąd razem lecz oddzielnie, i aby służba w powyższych zakładach obchodziła się z publicznością grzecznie.

Powyższych żądań zrealizować nie można z powodu ograniczonych pomieszczeń, jakie zajmuje zakład kąpielowy i odswienia oraz, stosunkowo krótkiego czasu, w jakim zakłady powyższe są czynne.

Służbie było nakazane, aby z publicznością obchodziła się grzecznie, chociaż niekiedy zachowanie się samej publiczności wymaga wystąpienia energiczniejszych.

W sprawie podwyższenia wynagrodzenia robotnikom leśnym komunikuje się, że takowe było już uskutecznione w ciągu ubiegłego roku.

Następnie Rada Miejska wypowiedziała szereg życzeń, dotyczących zaopatrzenia miasta w artykuły żywnościowe i inne.

a) Aby Magistrat zaopatrzył miasto w więcej odżywcze produkty w postaci kaszy, grochu i jagiel.

b) Aby Magistrat dla matek karmiących niemowlęta sprowadził mąkę i mąkę pszenną.

c) Aby Magistrat poczynił starania u odnośnych Władz Nadzorczych, w celu zmian sposobu wydawania kart na produkty monopolowe z miesięcznego okresu na 4-tygodniowy.

d) Aby Magistrat poczynił starania w celu otrzymania odpowiedniej ilości nafty, dla mieszkańców nie mających oświetlenia elektrycznego.

e) Aby Magistrat poczynił starania w celu sprowadzenia dla miasta niezbędnej ilości mąki kartoflanej.

Przewodniczący referuje następująco:

Zyczenia powyższe dotyczą spraw administracji miasta, przekazanych Wydziałowi Zaprowiantowania.

Wydział zaprowiantowania rekrutuje się z członków Magistratu, z Radnych Miejskich i obywateli.

Pożądanym by było, aby Rada Miejska, w sprawie zaopatrywania miasta w artykuły żywnościowe, kierowała swe zyczenia do Wydziału Zaprowiantowania wprost przez swych przedstawicieli.

Co się tyczy pojedynczych życzeń, to zaznacza się, iż Wydział Zaprowiantowania sam przez się robił wszystko to, aby mógł otrzymać możliwie jaknajwięcej kaszy, grochu, jagiel, mąki pszennej, kaszy mąny i mąki kartoflanej.

Jednak przyznana przez Centralę Zbożową ilość powyższych artykułów jest bardzo ograniczona. Grochu i jagiel dotychczas nie otrzymaliśmy z tego względu, że tych artykułów wcale niema. Otrzymana ilość kaszy jest bardzo ograniczona. Również mąki kartoflanej dotychczas nie otrzymaliśmy.

Otrzymana ilość nafty jest również nieznaczna. Przez całą bowiem zimę dostarczono miastu 2 beczki nafty. Wobec powyższego Magistrat, jak również Rada Miejska są bezsilni.

Zyczenie co do sposobu zmiany wydawania kart żywnościowych z okresu miesięcznego na okres czterotygodniowy miało być cel jedynie tylko wtedy, gdyby na okres czterotygodniowy przypadała ta ilość, jaka przypada na okres miesięczny.

Rada Miejska prosi dalej Magistrat, aby na każde posiedzenie Rady był delegowany przedstawiciel Magistratu, który mógłby dawać odnośne wyjaśnienia.

Prośbę powyższą Magistrat odrzucą.

W myśl Ustawy o miastach Burmistrz i członkowie Magistratu mają prawo uczestniczyć na posiedzeniach Rady Miejskiej i muszą być każdorazowo wysłuchani. Rada Miejska nie ma prawa żądać od Magistratu delegatów.

Dalej Rada Miejska żąda, aby sprawozdania poszczególnych

Magistraten gehandhabt wird.

Der Magistrat beschloss diesem Verlangen nicht stattzugeben, da nur jährlich Rechnung zu stellen ist und nicht monatlich. Die Jahresrechnung gibt Aufschluss darüber, wie sich das „Soll“ der Einnahmen und Ausgaben zu dem „Ist“ verhält, und welche Summen gegen den Haushaltsplan mehr oder weniger vereinnahmt und verausgabt worden sind.

Die umfangreichste Stadtverwaltungsabteilung ist der Verpflegungsausschuss. Ein monatlicher Rechnungsbericht würde eine ganz wesentliche Mehrarbeit ohne praktischen Wert verursachen.

Ferner fasste die Stadtverordnetenversammlung auf die Zuschrift des Magistrats vom 20. v. Mts. folgenden Beschluss:

„Da ihr das Recht zusteht eine Kontrolle über die Tätigkeit des Magistrats auszuüben und sie das Recht hat, sich mit der Auflage an den Magistrats zu wenden, was die einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung betrifft, und da ihr das Recht zusteht Wünsche zu äussern, die dem Wohle der Stadt zugewendet sind, kann die Annahme der Wünsche der Stadtverordnetenversammlung oder die ablehnende Stellungnahme nicht vom guten Willen des Magistrats abhängig sein, sondern vom Wohle der Stadt“.

Erläuternd führte der Vorsitzende hiezu folgendes aus:

Der Wirkungskreis des Magistrats und der Wirkungskreis der Stadtverordnetenversammlung ist durch die Hindenburgsche Stadtverordnung bestimmt. Beide Körperschaften stehen je innerhalb ihres Wirkungskreises einander gleichberechtigt gegenüber.

Der Magistrat führt unter Leitung des Bürgermeisters die Verwaltungsgeschäfte der Stadt und nicht die Stadtverordnetenversammlung (§ 23 Städte-Ordnung). In den Angelegenheiten, welche der alleinigen Zuständigkeit des Magistrats unterliegen, muss jede Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich abgelehnt werden. Die Angelegenheiten, über welche die Stadtverordnetenversammlung zu beschliessen hat, sind in der Städte-Ordnung genau bestimmt.

Verwaltungshandlungen des Magistrats, welche die letzten Angelegenheiten betreffen, müssen der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegt werden.

Auf Grund der Magistratsvorlagen erfolgt dann die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung.

Diese Bestimmungen müssen gegenseitig genau beachtet werden. Jeder Eingriff der Stadtverordnetenversammlung in die alleinige Zuständigkeit des Magistrats und in dessen Rechte ist zurückzuweisen.

Dagegen steht der Stadtverordnetenversammlung in drei Angelegenheiten, welche der alleinigen Zuständigkeit des Magistrats unterliegen, das Recht der Anregung und in den Angelegenheiten bei welchen sie zur Mitwirkung berufen ist, das Recht selbstständiger Antragstellung zu.

Es steht aber vollkommen im freien Ermessen des Magistrats ob und inwieweit er Anträge und Anregungen der Stadtverordnetenversammlung stattgeben will.

Nach diesen Grundsätzen regeln sich die geschäftlichen Beziehungen zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. Der Magistrat steht nicht unter der Kontrolle der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung ist anderer Meinung. Sie glaubt, dass ihr das Recht der Kontrolle über die Tätigkeit des Magistrats und der Deputationen zusteht. Das Recht der Kontrolle über die Geschäftsführung steht der Aufsichtsbehörde, welche das Kaiserlich Deutsche Polizeipräsidium ist, zu. Die Auffassung der Stadtverordnetenversammlung ist falsch.

Die Stadtverordneten haben nur das Recht, über die Geschäftsführung des Magistrats sowie der Deputationen bei der Aufsichtsbehörde Beschwerde zu erheben.

Dagegen kann der Auffassung der Stadtverordnetenversammlung, dass die Annahme oder Ablehnung der Wünsche und Anregungen der Stadtverordnetenversammlung nicht vom guten Willen des Magistrats abhängig ist, sondern vom Wohle der Stadt, beigepflichtet werden.

Unter freiem Ermessen ist nicht der gute Wille des Magistrats zu verstehen, ob er die Wünsche und Anregungen der Stadtverordnetenversammlung beachten will, sondern die selbstständige Prüfung und das pflichtmässige Ermessen des Magistrats, ob die Wünsche und Anregungen der Stadtverordnetenversammlung dem Wohle der Stadt entsprechen. Mit der Betonung des freien Ermessens des Magistrats gegenüber den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung wurde vor allem der Stadtverordnetenversammlung gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass der Magistrat nicht lediglich Vollzugsorgan gegenüber den Wünschen und Anregungen der Stadtverordnetenversammlung ist, sondern dass der Magistrat die Verwaltungsgeschäfte nach eigenen pflichtmässigen Ermessen führt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste endlich noch folgenden Beschluss:

„Der Stadtverordnetenversammlung möchte in jeder Sitzung eine Mitteilung vom Magistrat in Sachen der angenommenen Stadtverordnetenschlüsse der vorangegangenen

3
dialów gospodarki miejskiej były przedstawione Radzie co miesiąc, tak, jak to czynią Magistraty w innych miastach.

Magistrat uchwalił powyższe żądanie nie uwzględnić i przedstawić tylko Radzie Miejskiej sprawozdanie roczne, nie zaś miesięczne.

Sprawozdanie za cały rok operacyjny daje możność zorientowania się co do wpływów i wydatków, oraz co do sum, jakie były wydane poza normą budżetową, ewentualnie nie przekroczyły takowej.

Największy wydział w administracji miasta jest Wydział Zaprojektowania. Sprawozdania miesięczne z takowego byłoby połączone z większym nakładem pracy, wbrew jakimkolwiek praktycznemu znaczeniu.

W sprawie listy Magistratu z dnia 29 Stycznia r. b. Rada Miejska powzięła następującą uchwałę:

„że ponieważ jej się należy prawo kontroli nad działalnością Magistratu, a więc ma prawo zwracać się z zapytaniem co do poszczególnych działów gospodarki miejskiej, ma prawo wypowiadania życzeń, skierowanych ku dobru miasta; przychylenie się do życzeń Rady Miejskiej, lub zajęcie stanowiska odmownego, nie mogą zależeć od wolnej woli Magistratu, tylko od dobra miasta“.

Tutaj mówi przewodniczący co następuje:

Zakres działania Magistratu i zakres działania Rady Miejskiej są przewidziane przez Hindenburga Ustawę dla miast. Obie korporacje co do zakresu ich działalności, w stosunku do siebie stoją na równych prawach.

Magistrat na czele z burmistrzem prowadzi sprawy miasta, a nie Rada Miejska (§ 23 Ustawy o miastach). W sprawach podlegających jedynie kompetencji Magistratu każde współdziałanie Rady Miejskiej musi być przez Magistrat kategorięcznie odrzucone. Sprawy podlegające kompetencji Rady Miejskiej są dokładnie omówione w Ustawie o miastach.

Sprawy rozpatrywane przez Magistrat, podlegające kompetencji Rady Miejskiej, muszą być tej ostatniej przedstawione. Na mocy przedstawienia takowych przez Magistrat, Rada Miejska może powziąć uchwałę. Powyższe przepisy muszą być dokładnie przestrzegane przez obie strony.

Każde mieszanie się Rady Miejskiej, do spraw podlegających jedynie kompetencji i prawu Magistratu, jest niedopuszczalne. W sprawach podlegających kompetencji Magistratu, Rada Miejska ma prawo tylko proponowania, w sprawach zaś, do których Rada Miejska jest proszona przez Magistrat do współdziałania, prawo powzięcia samodzielnych uchwał.

Od dowolnego sądu Magistratu zależy, jak daleko uwzględnić głos i żądania Rady Miejskiej.

Na mocy powyższych zasadniczych przepisów regulują się stosunki pomiędzy Magistratem, a Radą Miejską. Magistrat nie podlega kontroli Rady Miejskiej.

Rada Miejska jest innego zdania.

Ona mniema, iż ma prawo kontroli nad działalnością Magistratu i poszczególnymi delegacjami. Prawo kontroli nad powyższymi korporacjami przysługuje jedynie Władzy Nadzorczej, która to jest Cesarско-Niemieckie Prezydium Policji. Mniemanie Rady Miejskiej wobec tego jest mylne.

Rada Miejska ma prawo tylko wnieść zażalenie do Władzy Nadzorczych na działalność Magistratu i delegacji.

Magistrat zgadza się z tym, że przyjęcie lub odrzucenie życzeń i wniosków Rady Miejskiej zależy nie od wolnej woli Magistratu, lecz od dobra miasta.

Pod dowolnym sądem nie trzeba rozumieć wolnej woli Magistratu, czy życzenia i wnioski Radnych Miejskich Magistrat chce uwzględnić, lub nie lecz należy rozumieć samodzielną kontrolę i zdanie z punktu widzenia Magistratu, czy życzenia i wnioski Rady Miejskiej odpowiadają woli miasta. Magistrat zastrzegając sobie tutaj wolny sąd, co do powziętych uchwał Rady Miejskiej, wskazał przedewszystkiem Radzie Miejskiej na to, że nie jest on jedynie organem wykonawczym życzeń i wniosków Rady Miejskiej, lecz, że kieruje sprawami administracyjnymi miasta podług własnej woli, mając jedynie dobro na celu.

Rada Miejska powzięła w końcu uchwałę następującą:

„Aby Radzie Miejskiej na każdym posiedzeniu był przedstawiony przez Magistrat komunikat w sprawie przyjętych uchwał Rady Miejskiej na posiedzeniu poprzednim, ewentualnie ich odrzucenie; w tym ostatnim wypadku w sprawie powyższego żądania zaznacza się, że Ustawa o miastach nie zawiera takich prze-

Sitzung vorgelegt werden ev. ihre Ablehnung; in letzterem Falle unter Angabe der Motiven*.

Diesem Verlangen gegenüber ist zu bemerken, dass die Städteordnung keine Bestimmung darüber enthält, dass der Magistrat verpflichtet ist, Stadtverordnetenbeschlüsse jeweils bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln. Abgesehen davon, dass sich dieser Teil des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung nicht durchführen liesse, muss der Magistratsvorstand es ablehnen, sich von der Stadtverordnetenversammlung Vorschriften über die formelle Geschäftsführung des Magistrats machen zu lassen.

Es steht, mangels einer positiven Vorschrift, im freien Ermessen des Magistrats, ob und in welcher Weise und wann er in Angelegenheiten, die nicht der Mitwirkung des Stadtverordnetenversammlung unterliegen, auf die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung antworten will.

So hat z. B. die Stadtverordnetenversammlung im Juli 1917 in Form einer Interpellation folgenden Beschluss gefasst: „Mit Rücksicht darauf, dass die Bevölkerung noch viel Brotkranten von den letzten Wochen besitzen, die infolge Fehlens von Brot nicht abgebraucht wurden, bittet die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat um Einleitung der nötigen Schritte, damit die Bevölkerung für ihre nicht aufgebrauchten Kranten in anderen Orten die entsprechende Menge Mehl und Backware aufkaufen darf.“

Diesem Beschluss gegenüber ist zu bemerken: Ein Interpellationsrecht steht der Stadtverordnetenversammlung nach der Geschäftsordnung nicht zu. Infolgedessen entfällt auch die Verpflichtung des Magistrats für Beantwortung der Interpellation. Darüber wurde die Stadtverordnetenversammlung wiederholt belehrt.

Die Beantwortung wäre übrigens sehr einfach, gewesen nämlich: Uebergang zur Tagesordnung ohne Angabe von Gründen.

Wie erwähnt, stehen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung innerhalb ihres Wirkungskreises einander gleichberechtigt gegenüber:

Der Magistrat führt die Verwaltungsgeschäfte unter Leitung des Bürgermeisters.

Die Stadtverordnetenversammlung beschliesst über die ihr zugewiesenen Angelegenheiten, wie Genehmigung des Haushaltsplanes, Erlass von Steuer-Ordnungen, Aufnahme von Anleihen etc.

Die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt auf Grund von Magistratsvorlagen.

Nur wenn die gesetzlichen Bestimmungen über die geschäftlichen Beziehungen zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung genau beachtet werden, ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung möglich. Dieses gedeihliche Zusammenarbeiten ist aber unmöglich, wenn die Stadtverordnetenversammlung sich ein Kontrollrecht gegenüber dem Magistrat — das ihr nicht zusteht — anmasset und durch fortwährende Interpellationen, Anregungen und Wünsche die Geschäftsführung des Magistrats erschwert. Das kann nicht so weiter gehen.

Glaubt die Stadtverordnetenversammlung, dass die Geschäftsführung des Magistrats nicht einwandfrei ist, so mag sie von ihrem Rechte der Beschwerde gegenüber der Aufsichtsbehörde Gebrauch machen.

9) Wahl eines Gesundheitsausschusses.
Die Stadtverordnetenversammlung beschliesst die Wahl eines Gesundheitsausschusses. Diesem Beschlüsse gegenüber ist folgendes zu bemerken.

Der Magistrat kann nach der Städte-Ordnung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde Deputationen einsetzen.

Der Magistrat beschloss am 1. Juni 1917 6 Ausschüsse, darunter einen Gesundheitsausschuss von 5 Mitgliedern: 2 Magistratsmitgliedern, 2 Stadtverordneten und 1 Bürger zu bilden.

Der Magistratsbeschluss wurde der Stadtverordnetenversammlung zugeleitet.

Mit Beschluss vom 8. Juni hat die Stadtverordnetenversammlung die Mitglieder in die sämtlichen Ausschüsse gewählt, mit Ausnahme des Gesundheitsausschusses.

Der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt, dass von der Bildung eines Gesundheitsausschusses abgesehen wird.

Die Stadtverordnetenversammlung hat nunmehr nach $\frac{1}{2}$ Jahre die Wahl der Mitglieder für die Gesundheitskommission beschlossen, der auch die Kontrolle des Betriebes des Krankenhauses unterstellt werden soll.

Der Magistratsvorstand spricht sich dagegen aus, unter Hinweis darauf, dass das Krankenhaus durch den Krankenhausarzt unter Aufsicht des Kreisarztes geleitet werde und ausserdem für den Krankenhausbetrieb ein Pfleger in der Person des 2. Bürgermeisters aufgestellt sei und dass er es ablehnen müsse, dass sich eine Kommission in den Betrieb des Krankenhauses einmische.

Auf die Anfrage eines Schöffen, ob er das Recht habe das Krankenhaus zu betreten, um sich ein Urteil bilden zu können, ob der Betrieb des Krankenhauses einordnungsgemässer sei, erwiderte der Magistratsvorstand, dass das einzelne Magistratsmitglied kein Recht dazu habe, ebensowenig, wie die Stadtverordneten.

Mit 3 gegen 2 Stimmen trat der Magistrat dem Beschlüsse

4
písów, aby Magistrat obowiązany był przedstawiać Radzie Miejskiej każdorazowo komunikat w sprawie zapadłych uchwał na posiedzeniu Rady Miejskiej. Bez względu na to, że powyższa uchwała Rady Miejskiej nie jest możliwa do przeprowadzenia, Burmistrz musi zastrzedz sobie to, by Rada Miejska nie dyktowała mu przepisów o formalnym prowadzeniu spraw Magistratu.

Z powodu braku pozytywnych przepisów, co do powyższego, od dowolnego sądu Magistratu zależy czy, w jaki sposób i kiedy odpowiedzieć na uchwały Rady Miejskiej w sprawach, do których Rada Miejska nie była proszona do współdziałania.

Rada miejska w lipcu 1917 r. w formie interpelacji powzięła następującą: „Ze względu na to, że ludność miejscowa posiada dużo kart chlebowych z ostatnich tygodni, nieużytych z powodu braku pieczywa, Rada Miejska prosi Magistrat o poczynienie starań, aby wzmian za nieużyte karty, otrzymać mogła prawo nabywania tej ilości pieczywa lub odpowiedniej ilości mąki w innych miejscowościach.“

W sprawie powyższej zaznacza się: że podług Ustawy o prowadzeniu obrad prawo interpelacji nie posługuje Radzie Miejskiej. Wobec czego upadł obowiązek odpowiedzi Magistratu ma interpelację powyższą. O powyższym Radzie Miejskiej w swego czasu już zakomunikowano.

Odpowiedz byłaby najprostszą, a mianowicie: przejście do porządku dziennego, bez podania przyczyn.

Jak powyżej wzmiankowano, Magistrat i Rada Miejska w zakresie ich działania stoją względem siebie na jednakowych prawach.

Magistrat pod kierunkiem Burmistrza prowadzi sprawy administracyjne.

Rada Miejska może powziąć uchwałę jedynie w sprawach, przekazanych jej a mianowicie: w sprawie zatwierdzenia budżetu, w sprawie podatku, pożyczki i t. d.

Uchwały Rady Miejskiej mogą być powzięte na mocy przedstawienia sprawy przez Magistrat.

Tylko wtedy, gdy prawne przepisy pomiędzy Magistratem i Radą Miejską będą dokładnie przestrzegane, możliwa jest skuteczna wspólna praca pomiędzy Magistratem i Radą Miejską. Skuteczna współpraca będzie niemożliwą, jeżeli Rada Miejska będzie chciała mieć prawo kontroli nad Magistratem, które to jej nie przysługuje, oraz przez ustawiczne interpelacje, wnioski i życzenia utrudniające działalność Magistratu. Tak dalej być nie może. Jeżeli Rada Miejska uważa, że działalność Magistratu nie jest bez zarzutu, to ma prawo zwrócić się z zażaleniem do Władzy Nadzorczej.

9) Wybór Komisji Zdrowotności.

Rada Miejska uchwaliła wybór komisji zdrowotności. Przeciwno tej uchwale zaznacza się.

Magistrat w myśl Ustawy o miastach może wyłonić delegację lecz z pozwoleniem Władzy Nadzorczej.

Magistrat uchwalił w dniu 1 czerwca 1917 wyłonić 6 delegacji, między innymi i delegację zdrowotności, składającej się z 5 członków: 2 członków Magistratu, 2 Radnych i 1 obywatela.

Uchwała Magistratu była zakomunikowana Radzie Miejskiej.

W dniu 8 Czerwca Rada Miejska przystąpiła do wyboru członków wszystkich delegacji, za wyjątkiem delegacji zdrowotności.

Magistrat powyższą uchwałę przyjął do wiadomości i wyraził swą zgodę w sprawie niewyłonienia Delegacji Zdrowotności.

Rada Miejska zaś po upływie $\frac{1}{2}$ roku uchwala wybór członków Delegacji Zdrowotności, która ma mieć również kontrolę nad działalnością szpitala.

Burmistrz kontynuując dalej wskazuje na to, że szpital podlega administratorowi pod nadzorem lekarza powiatowego i prócz tego nad całą działalnością szpitala wyłoniony jest opiekun w osobie 2-go Burmistrza, wobec czego mieszanie się do Komisji do działalności szpitala musi być odrzucone.

Na zapytanie jednego z ławników, czy ma on prawo odwiedzić szpital, by mógł osądzić czy działalność w szpitalu jest właściwa, odpowiedział Burmistrz, że pojedynczy członek Magistratu, jak również członek Rady Miejskiej nie mają do tego prawa.

Jednak trzema głosami przeciwko dwóm Magistrat przyjął

Stadtverordnetenversammlung bei. Der Magistratsvorstand äärte, dass er mit dem Magistratsbeschlusse nicht einverstanden und die Entscheidung der Aufsichtsbehörde einholen werde.

10) Schlachthaus-Betrieb.
Der Bericht des Polizeikommissars über den Schlachthof-Fränkler wurde bekannt gegeben; ferner die Gründe, weshalb Vertrag mit Fränkler aufgehoben wurde.

uchwałę Rady Miejskiej w sprawie szpitali. Burmistrz oznajmił, że na uchwałę Magistratu nie zgadza się i zasięgnię w tej kwestii zdania od Władzy Nadzorczej.

10) Sprawa rzeźni.
Referent podaje do wiadomości sprawozdanie komisarza policji o dzierżawcy rzeźni Frenklu, dalej motywy, dlaczego umo- wa z Frenklem była zerwana.

In der Woche vom 6. bis 13. Februar 1918 sind in Zgierz verstorben:

Adamczewski Władysław, Lenczyerstr. 18,	4	Jahre	alt
Dospiał Bronisława, Salzstr. 10,	4	"	"
Feldon Ryfke Laje, Joselewiczstr. 5,	72	"	"
Gibki Jan, Przybyłow 60,	49	"	"
Gozdzik Unha, Langestr. 8,	97	"	"
Jarosik Johanna, Krummstr. 6,	4	"	"
Kicińska Irene, städt. Krankenhaus,	21	"	"
Klimkiewicz Stanislaus, st. Krankenhaus,	60	"	"
Lipiński Stanislaus, Piontekerstr. 26,	66	"	"
Nowicki Iren, Feldstr. 2,	3	"	"
Nowicki Franz, Przybyłow 40,	53	"	"
Mordowicz Serke, Hönestr.,	70	"	"
Piwowski Ignacy, Taubenstr.,	46	"	"
Rajska Wanda, städt. Krankenhaus,	37	"	"
Schmiegel Josef, Piontekerstr.,	80	"	"
Szadkowska Marianna, Parzenczewerstr.,	40	"	"
Weinberg Manasze, Joselewiczstr. 11,	61	"	"

W ubiegłym tygodniu od 6 do 13 lutego 1918 zmarli w Zgierz:

Adamczewski Władysław, ul. Łęczycka 18,	4	lata
Dospiał Bronisława, ul. Solna 10,	4	"
Feldon Ryfke Laje, ul. Joselewicza 5,	72	"
Gibki Jan, Przybyłów 60,	49	"
Gozdzik Unha, ul. Długa 8,	97	"
Jarosik Joanna, ul. Zakręt 6,	4	"
Kicińska Irena, szpital miejski,	21	"
Klimkiewicz Stanisław, szpital miejski,	60	"
Lipiński Stanisław, ul. Piątkowska 26,	66	"
Nowicki Iren, ul. Polna 2,	3	"
Nowicki Franciszek, Przybyłów 40,	53	"
Mordowicz Serke, ul. Wysoka,	70	"
Piwowski Ignacy, ul. Gołębia,	46	"
Rajska Wanda, szpital miejski,	37	"
Schmiegel Józef, ul. Piątkowska,	80	"
Szadkowska Marjanna, ul. Parzenczewska,	40	"
Weinberg Manasze, ul. Joselewicza,	61	"

Bekanntmachung.

Die Liste über die Festsetzung der Wohnungssteuer für 1918 auf die Dauer von 10 Tagen im Magistratsgebäude, oberer Sitzungssaal, zur Einsicht ausgelegt.

Die Auslegung beginnt am Montag, den 18. Februar und endet mit dem 28. Februar d. Js. Die Einsicht kann täglich in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und von 4—6 Uhr nachmittags erfolgen.

Beschwerden gegen die durch die Kommission erfolgten Festsetzungen des Mietswertes oder der Steuersätze können innerhalb einer Frist von 4 Wochen beginnend mit dem Tage der Auslegung der Liste, also mit dem 18. Februar schriftlich beim Kaiserlich Deutschen Polizeipräsidium angebracht werden. Die Beschwerdefrist endet mit dem 18. März d. Js., später eingehende Beschwerden müssen wegen Fristversäumnis abgewiesen werden.

Inhaber von Wohnungen und Wohnräumen, welche in die Deklarationen der Hausbesitzer aufgeführt, in die Steuerliste aber nicht aufgeführt sind gelten als steuerfrei.

Die Steuer wird nicht nach der vereinbarten oder gezahlten Rate, sondern nach den von der Kommission festgestellten Mieterte der Wohnungen berechnet.

Sofort nach Ablauf der Auslegfrist werden an die Steuerpflichtigen schriftliche Zahlungsaufforderungen ergehen. Etwaige Beschwerde hebt die Verpflichtung der Zahlung nicht auf.

Zgierz, den 15. Februar 1918.

Der Bürgermeister
L. Ober
Hauptmann.

Burmistrz
L. Ober
Kapitan.

Bekanntmachungen aus dem Amtsblatt

für den Verwaltungsbereich
des Kaiserlich Deutschen Polizei-Präsidioms Lodz.

Bekanntmachung.

Als militärisch wichtige Betriebe im Bezirke des Kaiserlich Deutschen Militär-gouvernements Łódź im Sinne der Verordnung des Herrn Generalgouvernement in Warschau vom 20. April 1917 zeichne ich ferner:

1. „Teerwerk Tomaschow“ in Wilanow bei Tomaschow.
2. Knochenverwertungsstelle, Lodz, Panskastr. 125.
3. Kadaververwertungsanstalt, Lodz-Karolew.
4. Carl Schmeller, Appretur, Betrieb zur Nesselentbastung, Lodz, Widzewskastr. 170.
5. Metallsammelstelle, Lodz, Zachodniestr. 70.
6. Eisensammelstelle, Lodz, Wenglowastr. 5.
7. Kowalski und Teske, Spinnerel, Lodz, Grabowastr. 9.
8. Folgende vier Betriebe der Firma Dyckerhoff und Windmann, A.-G. Warschau:
 - a) Einschlag von Holz in den Forsten Spala bei Tomaschow,
 - b) Abtransport von Rundholz auf der zum Sägewerk Spala führenden Bahnstrecke und Verladung an andere Sägewerke,

Ogłoszenie.

Wykaz o ustaleniu podatku mieszkaniowego na rok 1918 dla Zgierza będzie w przeciągu 10 dni wystawiony do przejrzania w magistracie, sala posiedzeń na górze. Wystawienie rozpocznie się 18 lutego i skończy się 28 lutego r. b. Przejrzanie może być dokonane codziennie od godziny 8—12 rano i od 4—6 po południu.

Zażalenia na ustanowioną przez komisję wartość mieszkaniową lub stopę podatkową mogą być w ciągu 4-tygodniowego terminu, poczynając dniem wystawienia wykazu, a zatem od 18 lutego podawane piśmiennie do Cesarско-Niemieckiego Prezydium Policji.

Termin podania zażaleń kończy się 18 maja r. b., później podane zażalenia muszą być odrzucone wskutek niedotrzymania terminu.

Właściciele mieszkań lub lokali mieszkaniowych, którzy są wymienieni w deklaracjach właścicieli domów, lecz nie zostali wniesieni do wykazów podatkowych, liczą się od podatku zwolnionymi.

Podatek nie oblicza się na zasadzie umówionego i placowanego komornego, lecz podług ustalonej przez Komisję wartości komornego.

Niezwłocznie po upływie terminu wystawienia wysłane zostaną płatnikom piśmiennie wezwania do płacenia. Ewentualne zażalenia nie znoszą obowiązku płacenia.

Zgierz, dnia 15 lutego 1918 r.

Ogłoszenia z Dziennika urzędowego

dla obwodu administracyjnego
Cesarско-Niemieckiego Prezydium Policji w Łodzi.

Obwieszczenie.

Jako przedsiębiorstwa ważne dla celów wojennych w okręgu Cesarско-Niemieckiej Gubernji Wojennej w Łodzi w myśl rozporządzenia p. Jenerał-Gubernatora w Warszawie z dnia 20 kwietnia 1917 r. oznaczam w dalszym ciągu:

1. „Dziegiarnię Tomaszów“ w Wilanowie p. Tomaszowem.
2. Zakład dla użytkowania kości, Łódź, ul. Pańska 125.
3. Zakład dla użytkowania padliny, Łódź-Karolew.
4. Karol Schmeller, apretura, zakład dla odarcia pokrzyw z tyka, Łódź, ul. Widzewska 170.
5. Zbiornię metali, Łódź, ul. Zachodnia 70.
6. Zbiornię żelaza, Łódź, ul. Węglowa 5.
7. Kowalski i Teske, przedzalnia, Łódź, ul. Grabowa 9.
8. Następujące cztery zakłady firmy Dyckerhoff i Windmann, Tow. Akc. Warszawa:
 - a) wyrąb drzewa w lesie Spala pod Tomaszowem,
 - b) transport drzewa okrągłego na linjach kolejowych, prowadzących do tartaku w Spale i wyładowanie na drugie tartaki,

- c) Neubau und Unterhaltung von Bahnstrecken,
d) Einschnitt von Rundholz zu Brettern und Bohlen und deren Verladung auf dem Sägewerk Spala.

Als militärisch wichtige Betriebe werden nicht mehr angesehen:

1. Weherei und Appretur Carl Th. Buhle, Lodz, Hypothekenstrasse 10.
2. Weherei Th. Seiler, Lodz, Petrikauerstr. 265. Lodz, den 4. Februar 1918.

Der Militärgouverneur
gez.: v. Schmitt,
Generalleutnant.

Bekanntmachung.

Der Herr Verwaltungschef hat wiederholt darauf hingewiesen, dass zur Ausstellung sog. Entlausungsbefreiungsscheine für Eisenbahnreisen lediglich die Kreisärzte, Bahnärzte und Militärärzte zuständig sind. Den einheimischen praktischen Aerzten (auch Stadtärzten) wird die Ausstellung solcher Bescheinigungen ausdrücklich untersagt.

Lodz, den 24. Januar 1918.

Der Kaiserlich Deutsche Polizeipräsident
Loehrs.

Nachtrag zu der Polizeiverordnung vom 1. Dezember 1917 nebst Ergänzung vom 14. Januar 1918 betreffend Kohlensparnis.

Vorstehende Polizeiverordnung nebst Ergänzung wird im Einvernehmen mit dem Herrn Militärgouverneur dahin abgeändert, dass in der Stadt Tomaszow vom 1. Februar 1918 ab bis auf Widerruf, längstens bis 1. April 1918, statt der bisher zugebilligten Höchstmenge an Gas von 20 Kubikmeter monatlich 30 Kubikmeter von der Einzelanschlussstelle verbraucht werden dürfen.

Lodz, den 26. Januar 1918.

Der Kaiserlich Deutsche Polizeipräsident
J. V. Schoppen.

Verordnung

betreffend den Verkehr mit Besen- und Bürstenwaren.

Die Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie die Bewegung innerhalb des Generalgouvernements von Pinsel-, Besen- und Bürstenwaren, einerlei aus welchem Material diese hergestellt sind, ist nur mit Genehmigung der Kriegsrrohstoffstelle gestattet.

Erlaubnisscheine werden auf Antrag gegen eine Gebühr von 3 Mark ausgestellt in

Warschau: bei der Kriegsrrohstoffstelle Warschau, Bielanstraſse 10 (Reichsbankgebäude) für den Befehlsbereich des Generalgouvernements mit Ausnahme des Verwaltungsgebietes des Polizei-Präsidiums Lodz.

Lodz: bei der Kriegsrrohstoffstelle Warschau, Zweigstelle Lodz, Ziegelstrasse 18, für das Verwaltungsgebiet des Polizei-Präsidiums Lodz.

Wer gegen die in dieser Verordnung erlassenen Bestimmungen verstösst oder zum Verstoß auffordert oder anreizt, wird Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 10000 M. allein oder in Verbindung miteinander bestraft.

Ausserdem werden ihm die Waren durch die Kriegsrrohstoffstelle ohne jede Entschädigung und ohne Gerichtsverfahren weggenommen.

Zuständig sind die Militärgerichte.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Warschau, den 7. Januar 1918.

Der Generalgouverneur
v. Beseler.

- c) wybudowanie i utrzymanie linii kolejowych,
d) kranowanie drzewa okrągłego na deski i bale i wyładowanie tychże na tartaku w Spale.

Jako przedsiębiorstwa ważne dla celów wojennych nie uważane są nadal:

1. Tkalnica i apretura Karol Th. Buhle, Łódź, ulica Hypoteczna 10.
2. Tkalnica Th. Seiler, Łódź, ulica Piotrkowska 265. Łódź, dnia 4 lutego 1918 r.

Gubernator wojenny
podp. v. Schmitt
generał-porucznik

Głoszenie.

Pan Naczelnik Administracji kilkakrotnie zwracał na uwagę, że dla wystawienia t. zw. poświadczeń, uwalniających od wzywiania dla podróży koleją, kompetentni są jedynie lekarz powiatowi, kolejni i wojskowi. Miejscowym lekarzom praktycznym (także lekarzom miejskim) wystawianie takich poświadczeń jest stanowczo wzbronione.

Łódź, dnia 24 stycznia 1918 r.

Cesarsko-Niemiecki Prezydent Policji
Loehrs.

Dodatek do rozporządzenia policyjnego z dnia 1 grudnia 1917 r. wraz z dopełnieniem z dnia 14 stycznia 1918 roku, dotyczącego oszczędzania węgla.

Powyższe rozporządzenie policyjne wraz z dopełnieniem zmienia się w porozumieniu z panem Gubernatorem Wojennym o tyle, że w mieście Tomaszowie, począwszy od dnia 1 lutego 1918 r. aż do odwołania, najdłużej do dnia 1 kwietnia 1918 r. dozwolona dotychczas najwyższa konsumpcja gazu 20-tu kubicznych metrów miesięcznie zużyta być może przez miejsce połączony do 30-tu metrów kubicznych.

Łódź, dnia 26 stycznia 1918 roku.

Cesarsko-Niemiecki Prezydent Policji
w zast. Schoppen.

Rozporządzenie

dotyczące obrotu miotłami i wyrobami szczotkarskimi.

Przywóz, wywóz, przewóz oraz obrót w obrębie Jenerał-Gubernatorstwa pedzli, miotł i wyrobów szczotkarskich, bez rozkazu z jakiego materiału wyrobione są, dopuszczalny jest tylko za zezwoleniem Wydziału Surowców Wojennych.

Przepustki za wnioskiem udzielane będą za opłatą 3 mk.: w Warszawie przez Wydział Surowców Wojennych Bielańska 10 (Gmach Banku Państwa), dla obszaru Jenerał-Gubernatorstwa Warszawskiego, za wyjątkiem okręgu, będącego pod zarządem Prezydium Policji w Łodzi;

w Łodzi przez Oddział Łódzki Wydziału Surowców Wojennych w Warszawie, Łódź, Cegielińska 18 dla okręgu, będącego pod zarządem Prezydium Policji w Łodzi.

Kto wykracza przeciwko zawartym w niniejszym rozporządzeniu przepisom, lub wzywa albo pobudza do wykroczeń, karany będzie więzieniem do lat 5-ciu, lub grzywną do wysokości 10000 marek oddzielnie lub łącznie.

Ponadto zostaną towary odebrane przez Wydział Surowców Wojennych bez wszelkiego odszkodowania i bez postępowania sądowego.

Kompetentne są sądy wojenne.

Niniejsze rozporządzenie wchodzi w życie natychmiast.

Warszawa, dnia 7 stycznia 1918 r.

Jenerał-Gubernator
v. Beseler.

DIE CHEMISCHE FABRIK

in Bitterfeld

sucht wiederum

eine grössere Anzahl christlicher
ungelernter

Arbeiter sowie Handwerker

Hoher Lohn und günstige Bedingungen.

Arbeiterzentrale in Zgierz.

CHEMICZNA FABRYKA

w Bitterfeld,

poszukuje znowu

większej liczby chrześcijańskich
nieuczonych

robotników i rzemieślników

z wysoką płacą oraz dogodnymi warunkami.

Centrala robotnicza w Zgierzu.